

# Liechtensteiner Volkssblatt

AZ — FL-9494 Schaan, Dienstag, 27. Juni 1972

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen aus Liechtenstein

105. Jahrgang — Nr. 92

## «Schlupfloch gestopft»

Ein deutsches Gesetz  
gegen die Steuerflucht

Am Donnerstag letzter Woche verabschiedete der deutsche Bundestag einstimmig das seit längerer Zeit angekündigte «Aussensteuerreformgesetz», das sich vor allem gegen deutsche Unternehmungen richtet, die einen Teil ihrer Geschäfte über sogenannte Basisgesellschaften in steuerlich günstigeren Ländern wie der Schweiz oder Liechtenstein abwickeln, und gegen «Auswanderer» aus Deutschland, die ihren Wohnsitz vor allem aus steuerlichen Gründen ins Ausland verlegen. — Wie es in einer Meldung der «dpa» vom 22. Juni heisst, soll damit der «Steuerflucht ins Ausland und speziell in die Steuerparadiese wie Liechtenstein oder Monaco» ein «Riegel vorgeschoben werden». — Nach dem neuen Gesetz unterliegen Auswanderer aus steuerlichen Gründen künftig noch zehn Jahre nach ihrem Umzug der deutschen Steuerpflicht. Anteile und Gewinne aus Basisgesellschaften müssen künftig ebenfalls in der Bundesrepublik versteuert werden. Titel zur «dpa»-Meldung: «Das Schlupfloch für Steuerflüchtige ist verstopft».

Interessant ist im Zusammenhang mit dem neuen deutschen Aussensteuerreformgesetz, dass alle Welt so schreibt, als richte es sich gegen steuerbegünstigte Länder wie Liechtenstein oder die Schweiz. Wenn es sich überhaupt gegen jemanden wendet, dann wohl in erster Linie, gegen Deutsche, die in Deutschland leben. Für uns ist es jedenfalls besser, wenn die Bundesrepublik ihre Sorgen mit sogenannten Steuerflüchtlingen durch eigene Gesetze im eigenen Land regelt, anstatt (wie es bislang meist der Fall war) die anderen Länder (darunter auch Liechtenstein) dafür anzuschwärzen. Was die Einschränkungen betreffend die Wohnsitzverlegung von Deutschen ins Ausland angeht, so ist sie spätestens seit den strengen Zugangsbestimmungen vom 1. Januar 1971 (Drittelsbeschränkung) für Liechtenstein ohnehin nicht mehr aktuell. — Eine Folge des Gesetzes könnte sein, dass sich noch mehr deutsche Finanzbeamte oder deren Helfer in unserem Lande aufhalten, um hier noch intensiver allfällige, deutsche Steuersünder aufzuspüren. Aus staatspolitischen Gründen müssten die polizeilichen Voraussetzungen verbessert werden, um solchen illegalen Machenschaften vorzubeugen. Hier geht es nicht (wie im Aussensteuerreformgesetz) um Beihilfe zur Steuerflucht, sondern um die Manifestation unserer Eigenstaatlichkeit, die zumindest auf unserem eigenen Boden noch spürbar sein sollte. Denn in Kommentaren zum neuen Gesetz wird bereits auf den möglichen Missbrauch desselben «im Untergrund» hingewiesen.

## Es gibt keine «offizielle Wahrheit»!

Ehrlichkeit und Meinungsfreiheit — von Günther Meier

Jedem liechtensteinischen Staatsbürger ist — immer innerhalb der Schranken des Gesetzes und der Sittlichkeit — das Recht auf freie Meinungsäusserung zugesichert. Dieses Recht, durch «Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung» die eigene Meinung zu äussern, ist ein Teil unserer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaftsordnung. Zugleich stellt es ein wesentliches Grundrecht jeder echten Demokratie dar. Die Demokratie wiederum kann — in diesem und auch in anderem Zusammenhang — als die legitime Möglichkeit der Kontrolle der Macht sowie der Träger derselben, als auch die legale Möglichkeit des Rechts auf Opposition verstanden werden. Dies impliziert Respekt vor dem Willen der Mehrheit, ohne jedoch die Mehrheit, als auch deren Willen, für unfehlbar zu halten. Aus dieser Basis erwächst die Folgerung, dass es keine objektiven Staatswahrheiten geben kann und darf, sondern dass jeglicher Beschluss und jegliches Gesetz eine legal mögliche Revidierbarkeit haben muss.

Wenn dies in einer Demokratie oder einer demokratisch aufgebauten Gesellschaft gilt, so müsste es auch für die Kommunikationsmedien in eben dieser Gesellschaftsordnung gelten; und dennoch scheinen demokratische Grundsätze im allgemeinen und die Unmöglichkeit der Verbreitung einer «offiziellen Wahrheit» im speziellen bei der die politische Mehrheit repräsentierenden Landeszeitung (noch) nicht praktizierte Übung geworden zu sein.

Infolge Fehlens weiterer und anderer Massnahmen kommt der Presse in unserem Lande eine eigentliche Monopolstellung zu. Gerade deshalb sollte dieses Medium bei der Verbreitung von Informationen und Meinungen Rücksicht üben oder Hoffnungen wecken auf Ergän-

zungen von anderer Seite, da man eine demokratische Gesellschaft auch als dialogische Gesellschaft verstehen kann — auf dem Wege zum gemeinsamen Finden von Wahrheiten, Möglichkeiten und dergleichen.

Dieses dialogische Verhältnis ist jedoch auch ein Gradmesser für das Verantwortungsbewusstsein der Beteiligten, (als wichtigster Exponent die den Machtausübenden nahestehende Presse), wenn sie die Fähigkeit besitzen, ohne machtvollendes Schlusswort und ohne Pöchen auf Vorrechte, Diener des allgemeinen Dialogs zu sein.

Um solche Vorrechte anscheinend beschnitten fühlt sich besagte Zeitung, wenn in ausländischen Massenmedien Informationen aus dem «eigenen» Bereiche publiziert werden. Dies jedenfalls kann aus den Reaktionen gefolgert werden, wenn in spaltenfüllenden Repliken, angereichert mit unsachlichen Argumentationen, gespickt mit persönlichen Angriffen, illustriert mit ungenauen Recherchen, der scheinbare Gegenbeweis angetreten wird.

Der Aktualität wegen sei auf jene Replik in Fortsetzungen hingewiesen, die aufgrund eines NZZ-Artikels über das Schulwesen erfolgte, als beispielsweise eine schlichte Feststellung in eine Streikdrohung des Verfassers umfunktioniert oder fehlinterpretiert wurde. (Dazu noch ein marginales Detail: Das oft als «freundlicherweise» geschmeichelte Schweizerische wurde kurz mit «ausländisch» abgetan!)

Die Maxime der Interpretation und Kommentierung scheint eher das «Wie hat man's den andern gezeigt» als die Frage «Ist es wahr?» zu sein. Dies geht einher mit der Konsumwelt — mit Angebot und Nachfrage. Nur setzt sich

dann eine Zeitung der Gefahr aus, Opfer des (oft grausamen) Unterhaltungsbedürfnisses des Lesers zu werden.

Wahrscheinlich aufgrund dieser Tendenz wurde der Begriff «Aera des sekundären Alphabetentums» kreiert, der die heutige, fortschreitende Situation umschreibt, wonach eine zunehmende Zahl von Menschen politische Informationen — als Konsum — aus einem Boulevardblatt oder einem geistesverwandten Blatte beziehen.

In dieser Richtung tendiert der Glossist Theobald, der mit seinen Gesinnungen und Geisteshaltungen gefilterte Schlüsselochinformationen zur Befriedigung des (eigenen) Publikums ans Licht bringt. Ohne dem oder den Glossisten nahezutreten, er gehört oder sie gehören einfach dazu, kann doch gesagt werden, dass diese Art der Information die Gefahr in sich birgt, sich oftmals über die Notwendigkeit des Taktischen sowie über die Notwendigkeit des Taktischen hinwegzusetzen.

Bei aller gesetzlichen Meinungsfreiheit muss doch die Frage nach einem Schutz vor zweifelhaften Interpretationen oder gar minderwertigen Informationsangeboten gestellt werden. Eine Zensur wäre, obwohl gelegentlich als letztes Mittel gepriesen, abzulehnen, da sie mannigfache Gefahren in sich birgt. Das Bemühen um die Ehrlichkeit in der Aussage würde (und wird sicher auch) diesem Schutzbedürfnis eher gerecht. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich noch aus anderen Gründen: Dem kritischen Leser die Auswahl zu erleichtern einerseits, andererseits der Verpflichtung und Verantwortung des Lesers, eine kritische Auswahl zu treffen, nachzukommen.

## Industrie: Neue Masstäbe der Information

«Tag der offenen Tür» bei Hilti: 12000 Besucher an einem Tag

Spätestens seit Samstag darf man annehmen, dass der «Mann mit dem roten Koffer», der als Direktvertreter des Hilti-Befestigungssystems «täglich 15000 Kunden in aller Welt» besucht, hierzulande mindestens derzeit ebenso populär und bekannt ist, wie etwa der TV-Kommissar Eric Ode für die Erwachsenen oder der Urwaldarzt «Daktari» für die Kinder.

Nach der offiziellen Zählung besuchten rund 12000 Personen am Samstag die liechtensteinischen Produktions- und Entwicklungswerke der Hilti Aktiengesellschaft in Schaan und Mauren. Der speziell für den «Tag der offenen Tür» eingerichtete Kinderhort betreute den

ganzen Samstag über etwa 500 Kinder, die noch zu klein waren, um ihre Eltern auf dem Rundgang durch die Werkanlagen zu begleiten! Die werkeigene Druckerei musste den ganzen Tag über Wettbewerbsformulare (Erster Preis: 3 Tage Paris) und Bons für Wurst und Brot nachdrucken. Offiziell wurden 6000 Paar Würste und einige Tausend Sandwiches als Gratisverpflegung an den nicht versiegenden wollenden Besucherstrom ausgegeben. Am Nachmittag stiegen 1500 Hilti-Ballons aus Kinderhänden in die Luft. Für die 10 Ballons, die am weitesten fliegen, winkt den Startern je eine Kleinkamera als Preis. Ein Fesselballon, der um 15 Uhr un-

weit von Werk I im Schaan Forst in die Luft ging, kam wegen des flauen Windes (nach einer Zwischenlandung in Sevelen) nur bis Landquart. — Eine Multivisions-Schau, die in 25 Minuten 3840 Dia-Positive aus 24 Rund-Kassetten auf eine zwölfgeteilte «Leinwand» projizierte und das beste dieser Art war, das man in Liechtenstein (und wohl auch in der weiteren Region) je sah, zauberte «High Life» in die Gemüter: überlebensgrosse, fröhliche Gesichter, Schnitt vom Hilti-Bohrer in das liechtensteinische Alpenglühnen, von der Musikschule in Vaduz zum Feierabend bei Bier (wenn jenseits des Erdballs die anderen Hilti-Leute gerade aufstehen um ihre Kunden zu besuchen).

Der «Tag der offenen Tür» bei der Hilti Aktiengesellschaft, der streckenweise alle Aspekte «eines grossen Heurigen» hatte, eines Volksfestes, bei dem es mitunter schwer fiel, wirklich Interessierte von Neugierigen zu unterscheiden, wurde also zu einem Erfolg. Nein: zu einem Gross-Erfolg!

Die Hilti-Leute, der Chef und die zahllosen Mitarbeiter, die schwitzend durch die Menschenmassen drängten und unentwegt Pläne und Abläufe studierten, dürfen mit sich zufrieden sein. Und zwar in jeder Hinsicht. Die Öffentlichkeit hat den Ball, der ihr zugeworfen wurde, nicht nur positiv aufgefangen. Sie hat ihn tausendfach zurückgegeben. Die gebotene Gelegenheit, sich über die Industrie zu informieren, wurde mehr als nur wahrgenommen. Der Beweis, dass ein Informationsbedürfnis besteht, ist erbracht.

Die Werkanlagen der Hilti AG präsentierten sich dem Besucher von der besten Seite. Wie es sich für einen «Tag der offenen Tür» gehört, war alles auf Hochglanz poliert und mit grafischen Darstellungen verständlich gemacht. Besonders auffallen mussten allgemein die Arbeitsplätze in den Produktionsbetrieben, auf die im Verhältnis zu den übrigen Betriebszweigen offensichtlich besonders Wert gelegt wird.

In diesem Zusammenhang wurde nicht nur der aktuellste «Sachzwang» deutlich, dem sich unsere Industrie gegenüber sieht, der Mangel



Die Vorhut zu den 12000 Besuchern, die am Samstag die Hilti-Werkanlagen in Liechtenstein besichtigten, bildeten rund 200 Vertreter des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft, die bereits am Freitag durch die Werkanlagen geführt wurden. Unsere Aufnahme zeigt Vizeregierungschef Dr. Walter Kieber, der sich hier von einem Mitarbeiter in der Hilti-Produktion einen Arbeitsgang erläutern lässt. (Foto: Peter)



(Fortsetzung Seite 2)